



Medienmitteilung

Aus dem Baudepartement

29. Februar 2008

Neubau Bundesverwaltungsgericht St.Gallen

Schlüsselübergabe an das Gericht am 1. Januar 2012

Der Kanton St.Gallen und das Bundesverwaltungsgericht haben gemeinsam mit dem Bundesamt für Bauten und Logistik den Zeitplan für die Realisierung und die Übergabe des Gerichtsgebäudes auf dem Chrüzacker festgelegt.

Bund und Kanton St.Gallen sind sich nach umfangreichen Verhandlungen über die Gesamtkosten des Neubaus und den benötigten Zeitbedarf für die Realisierung einig. Damit steht der Genehmigung des Gestaltungsplanes nichts mehr im Wege. Nachdem das Baugesuch die öffentliche Auflage ohne Einsprache durchlaufen hat, kann auch die Baubewilligung in den kommenden Wochen erteilt werden. Der Kanton wird dem Bundesverwaltungsgericht am 1. Januar 2012 das Gerichtsgebäude übergeben, so dass die gerichtsspezifische Infrastruktur eingerichtet werden und ein geordneter Umzug in der ersten Hälfte 2012 erfolgen kann.

Bereits in diesem Sommer wird mit dem Bau begonnen. Auf dem Chrüzacker am westlichen Ausläufer des Rosenbergs entsteht dann das grösste Gericht der Schweiz. Das Gebäude mit einem 40 Meter hohen Turm und einem zweigeschossigen Flügel mit Gerichtssälen wird Raum für rund 400 Arbeitsplätze bieten. Die Erstellungskosten mit benötigtem Land werden auf rund 100 Millionen Franken budgetiert.

Das aus einem Wettbewerb hervorgegangene Siegerprojekt der Architekten Stauer und Hasler wird in St.Gallen ein städtebaulich markantes Zeichen setzen. Die Ostschweiz erhält mit dem Zuzug des Bundesverwaltungsgerichts eine wichtige Institution von nationaler Bedeutung.

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 2007 seine Tätigkeit als neues zentrales Verwaltungsgericht in Bern und Zollikofen aufgenommen. Nachdem der Aufbau des Bundesverwaltungsgerichtes an den provisorischen Standorten weitgehend abgeschlossen ist, ist die Gerichtsleitung bereits mit der Planung des bevorstehenden Umzuges im Jahre 2012 beschäftigt. Nebst der Bewältigung der Rechtsprechung als Kernaufgabe werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gerichtes gleichzeitig die logistischen und persönlichen Herausforderungen eines Grossumzuges bewältigen müssen.

Hinweis an die Redaktionen:

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen zur Verfügung:

- Regierungsrat Willi Haag, Vorsteher des Baudepartementes, am Freitag, 29. Februar 2008, von 14 Uhr bis 15.30 Uhr, 071 229 30 33;
- Gerichtspräsident BVGer Christoph Bandli, Bern, 079 592 33 56.